

marburger echo



Zeitung der DKP Marburg

Mai 2007

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI

#08

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse werden auch in Marburg zunehmen

Kein Halten auf der schiefen Bahn

Im real existierenden Kapitalismus der BRD zu leben ist nichts für politisch Nervenschwache. Frei nach der Parole „Rendite rauf, Löhne runter, Leute raus!“ werden wir Zeugen einer gigantischen Vermögensumverteilung.

Mehr als die Hälfte der Dax-Konzerne erzielten 2006 jeweils den höchsten Gewinn ihrer Firmengeschichte. Allen voran der Allianz-Versicherungsriese mit sieben Milliarden Euro Nettogewinn, einem Plus von 60 Prozent. Trotzdem, auch wenn es vielen Menschen nicht einleuchtet, ist das Festhalten an der Vernichtung von weiteren 7500 Arbeitsplätzen nur logisch, weil systemimmanent.

Wenn aber Arbeitsplätze auch bei Rekordgewinnen zuhauf verloren gehen, fühlen sich bürgerliche Parteien wie CDU und SPD an der Ehre gepackt und antworten mit einer Vielzahl „zukunftsweisender“ Vorschläge für all diejenigen, die bei der durchaus sachgerechten Anwendung kapitalistischer Gesetze auf der Strecke bleiben.

Ein besonders begehrtes Objekt der gedanklichen Operationen ist der Kombilohn, ein Niedriglohn, bei dem es sich im Kern um Subventionierung von Armutslöhnen seitens des Staates handelt.

Kombilohnmodelle existieren bereits heute massenhaft in unserem Land. Praktisch muss ein Erwerbsloser jede Arbeit annehmen, unabhängig davon, ob er

gerInnen in Gänze dazu gebracht werden, sich ihr Arbeitslosengeld quasi zu erarbeiten, selbst wenn der Job nur ein bisschen besser bezahlt ist.



davon leben kann. Die Differenz wird dann durch Transferleistungen der Arbeitsagenturen gezahlt.

Vor diesem Hintergrund wird Wirtschaftsminister Glos (CSU) nicht müde zu behaupten, dass es falsche Anreize setze, wenn der Staat Langzeitarbeitslosen ein „Garantieeinkommen“ gebe, ohne etwas zu verlangen. Stattdessen müssten AlgII-Empfän-

Eine mildere, wenngleich genauso demütigende Variante des Kombilohns vertritt Arbeitsminister Müntefering mit der Propagierung eines so genannten dritten Arbeitsmarktes. Hierbei geht es um nichts anderes als um die Schaffung eines weiteren Niedriglohnssektors, in dem Langzeiterwerbslosen, die auf lange Sicht keine Rückkehrchance auf den ersten Arbeitsmarkt haben

eine langfristige öffentliche Beschäftigung angeboten werden soll. Nach dem Marburger Kombilohnmodell „MARKO“ soll die Finanzierung dieser Stellen über den Regelsatz, das Wohngeld und vierhundert Euro zugezahlter Aufstockung, umgerechnet etwa 1150 Euro brutto und ca. 865 Euro netto für einen Single-Haushalt aus Mitteln des Kreisjobcenters gesichert werden. Realisiert werden soll es nur in Betrieben des mit öffentlichen Mitteln geförderten Arbeitsmarkts. Das heißt, die neuen Arbeitsstellen sollen nur in den Betrieben der am Ort tätigen Beschäftigungsgesellschaften generiert werden. Dabei erledigen Stadt und Kreis notwendige Pflichtaufgaben mit Menschen aus dem Niedriglohnsektor, die sie ansonsten von Arbeitnehmern aus dem ersten Arbeitsmarkt ausführen lassen müssten. So praktizieren Kreise und Gemeinden Lohndumping und rationalisieren außerdem Arbeitsplätze weg. Aber es besteht momentan kein Grund zur Aufregung. Sozialdezernent McGovern ist sogar diese Variante noch zu teuer und setzt, solange Bundeszuschüsse nicht fließen, lieber auf 1-Euro-Jobs. Oweia!

DKP Marburg

Siehe auch das Interview mit R. Dolle, Geschäftsführer von Arbeit und Bildung, auf Seite 2.

„6,5 Prozent mehr sind fair...“

Argumente zur Tarifrunde – aus marxistischer Sicht

...so IG Metall-Vize Berthold Huber („metall“ 3/2007). Schon Friedrich Engels fragte (1881, MEW 19, S. 247 ff.), was das denn sei: „Ein gerechter („fairer“) Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk“?

Er stellte fest: „Ein gerechter Tagelohn ist... die Summe, die erforderlich ist, dem Arbeiter die Existenzmittel zu verschaffen, die er entsprechend dem Lebensstandard seiner Stellung und seines Landes benötigt, um sich arbeitsfähig zu erhalten und sein Geschlecht fortzupflanzen... Ein gerechtes Tagewerk ist diejenige Dauer des Arbeitstages und diejenige Intensität der tatsächlichen Arbeit, bei denen ein Ar-

beiter die volle Arbeitskraft eines Tages verausgabt, ohne seine Fähigkeit zu beeinträchtigen, am nächsten Tag und an den folgenden Tagen dieselbe Arbeitsmenge zu leisten.“ Also: „Einkommen zum Auskommen“, und „Arbeit darf nicht krank machen!“

Beide Seiten haben allerdings dabei nicht denselben „fairen“ Ausgangspunkt: „Wenn der Kapitalist mit dem Arbeiter nicht einig werden kann, kann er es sich leisten, zu warten, und von seinem Kapital leben. Der Arbeiter kann das nicht. Er hat nur seinen Lohn zum Leben und muss daher Arbeit annehmen, wann, wo und zu welchen Bedingungen er sie bekommen kann.“ Ausserdem:

die „Anwendung von mechanischer Kraft und Maschinerie“ ersetzt immer mehr Arbeitskräfte. Deren Konkurrenz als „industrielle Reservearmee“ drückt auf die Löhne der Beschäftigten und verstärkt „durch ihre bloße Existenz die Macht des Kapitals in seinem Kampf gegen die Arbeiter“.

Da das Kapital keine Werte schafft und die Arbeit (neben der Natur) die Quelle allen Reichtums ist, folgt daraus, „daß der Arbeiter aus seinem eigenen Arbeitsprodukt entlohnt wird“. Aber davon erhält er nur den „fairen“ Teil –den anderen behält „sein“ Unternehmer, so dass „das Arbeitsprodukt derer, die arbeiten,

unvermeidlich in den Händen derer angehäuft wird, die nicht arbeiten.“

Wird dieses Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit „fairer“ mit höheren Einkommen? Ohne Gewerkschaften wären die Beschäftigten der Unternehmerwillkür schutzlos ausgeliefert. Doch der Kampf allein um „faire“ Einkommen und „gute Arbeit“ ändert weder etwas an der Abhängigkeit der Beschäftigten noch an ihrer „fairen“ Ausbeutung durchs Kapital. Darum schlägt Engels als neues Motto vor: „Besitzer der Arbeitsmittel – der Rohstoffe, Fabriken und Maschinen – soll das arbeitende Volk selbst sein.“

Achim Bigus

AUSGEFRAGT

Mit „MARKO“ könnte Marburg bald Vorläufer eines neuen Kombilohnmodells werden. Lesen Sie ein Interview mit Rainer Dolle auf

SEITE 2

VON DER HEIMATFRONT

Alles reden vom Klima! – Wir decken die Heuchelei auf: Lesen Sie einen Kommentar über die Klimakiller auf

SEITE 3

BERICHT

Hermann und Gerda Weber haben auf einer Veranstaltung in Marburg ihr neues Buch vorgestellt. Lesen Sie einen Bericht auf

SEITE 4

Im Übrigen...*

von Tanja Bauder-Wöhr

... ist der Ausdruck „einmalig“ eine perfekte Untertreibung, denn das neue Wohnmodell für ALG II Empfänger ist wahrhaft schauderhaft.

In einigen Städten Sachsen-Anhalts, kamen besonders gewiefte Personen auf die abartige Idee, ALG II Empfängern, den Umzug in eine kleinere, aber dafür regelgerechte Wohnung ganz im Sinne von Hartz zu ersparen.

Wie? – Ganz einfach, wenn die Wohnung des Mieters der „Regelsatzgröße“ nicht mehr entspricht, werden dem/den Betroffenen Zimmer verriegelt.

Unverblümt, sieht sozial verträgliche christdemokratische Wohnraumlösung im Alltag also folgendermaßen aus:

Eine 4-köpfige Familie bewohnt eine längst renovierungsbedürftige 3-Zimmerwohnung. Einmal die Woche kommt ein netter Herr der kommunalen Verwaltung vorbei, nur um zu kontrollieren, ob die Bewohner auch tatsächlich nur noch ein Zimmer nutzen, da die anderen zwei Zimmer behördlich verriegelt wurden.

Auf solche, oder noch ein wenig makaberer Verhältnisse darf man sich fortan einstellen, denn der Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt Reiner Haselhoff (CDU) verteidigt dieses Modell und hält dies für „einen denkbaren Weg“.

Erstrebenswert allerdings sind solche Vorschläge und Modelle sicher nicht! Da fällt einem nur noch Brecht ein:

„In Erwägung, dass dort Häuser stehen, während ihr uns keine Bleibe lasst, haben wir beschlossen, nun dort einzuziehen, weil es uns in unseren Löchern nicht mehr passt.“



*Im Übrigen bin ich der Meinung, daß dieser Staat zerstört werden muß.
(Rosa Luxemburg)

DKP

ECHO VON LINKS



Gastkommentar von Anne Rieger (VVN-BdA)

NPD-Verbot jetzt!

Das soll einer verstehen

Der Kreistag ist und bleibt ein Ort der Absonderlichkeiten. *Die Linke* brachte in der letzten Kreistagssitzung zwei Anträge zum Bleiberecht ein. Der eine formulierte einen Appell an die Fraktionen der Großen Koalition in Berlin, sich für ein generelles Bleiberecht für bisher nur geduldete Flüchtlinge auszusprechen. Daraufhin brachten die Grünen einen Alternativantrag ein, der bis auf die Forderung einer großzügigen Amnestie, die den Aufenthalt aller in Deutschland lebenden Flüchtlinge legalisieren soll, faktisch dem Antrag der Linken entsprach. *Die Linke* zog ihren Antrag zurück und votierte mit den Grünen. So weit, so gut. Der zweite Antrag, der nur die Forderung erhob, mit der geltenden restriktiven Bleiberechtsregelung so umzugehen, dass u. a. bürokratische Hindernisse auf keinen Fall zu Lasten der betroffenen Menschen gehen dürfen, wurde von der regierenden Kreistagskoalition auch mit Stimmen der Grünen zu Fall gebracht. Solch eine Schizophrenie im Denken lässt sich wohl nur mit der Hoffnung erklären, dass man im Alltag auf keinen geduldeten Flüchtling trifft, dem man das erklären müsste.

Kernstück unserer Kampagne für ein Verbot der NPD ist der Brief an die Bundestagsabgeordneten. Darin fordern wir sie auf, ein neues Verfahren zum Verbot der NPD in die Wege zu leiten. Unter dieses Schreiben sammeln wir Unterschriften, die dem Bundestagspräsidium übergeben werden sollen. 100 000 Unterschriften sind unser Ziel.

Verbot und Aufklärung

Wir wissen, dass allein mit einem Verbot der NPD das Problem des Neofaschismus nicht gelöst ist. Auch nicht gelöst sind damit rechtsextreme Einstellungen. Etwa jeder zwanzigste Deutsche befürwortet eine Diktatur bzw. den Nationalsozialismus, verherrlicht sozialdarwinistische Aussagen. Ein Viertel der Bevölkerung stimmt ausländerfeindlichen Aussagen zu. Nach jüngsten Umfragen ist Rechts extremismus ein Problem in der Mitte der Gesellschaft, keines des Randes oder bestimmter Altersgruppen. Deswegen kommt

es uns darauf an, unseren Einsatz für ein Verbot mit der Aufklärung über die antidemokratischen, antigewerkschaftlichen, verbrecherischen Ziele der NPD zu verbinden. Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen. Es geht um Verbrechensbekämpfung.

Schwächung der Neofaschistischen Szene

Die NPD hat sich in den letzten Jahren zum gefährlichsten Kristallisationskern des gesamten Neofaschismus entwickelt. Ihr Verbot würde die neofaschistische Szene und ihre Propagandamöglichkeiten enorm schwächen. Durch ein Verbot würden der NPD Millionen Euro staatliche Zuschüsse genommen, ihre Immobilien eingezogen. Das Erscheinen der Parteizeitung "Deutsche Stimme" und anderer Publikationen würde eingestellt. Öffentlichkeitsarbeit ihrer Abgeordneten in zwei Landtagen und deren Fraktionsmitarbeiter, ihrer über 100 Ab-

geordnete in Kommunen würde wegfallen. NPD-Gliederungen könnten keine Aufmärsche oder andere Veranstaltungen mehr anmelden, Räume blieben ihr verschlossen, die Polizei müsste ihre Aufmärsche und Veranstaltungen nicht mehr schützen. Insgesamt bräche der komplette Apparat der NPD zusammen.

nonpd
NPD-Verbot jetzt!

Ein Verbot ist möglich!

Die Wiederaufnahme des Verbot-Verfahrens kann nur erreicht werden, wenn PolitikerInnen verschiedener Parteien zusammenarbeiten, deshalb wenden wir uns an die Abgeordneten aller im Bundestag vertretenen Parteien. Es ist wichtig, sich in Erinnerung zu rufen, dass das Bundesverfassungsgericht inhaltlich noch nie über ein Verbot

der NPD entschieden hat. Vielmehr führte der formale Fehler der Antrag stellenden Bundesregierung, V-Leute-Bekundungen als Beweismittel zu verwenden, damals zur Weigerung der Verfassungsrichter, das Verfahren durchzuziehen.

Grundlage für das Verbot ist Artikel 21, Absatz 2 des Grundgesetzes, sowie Artikel 139 (Fortgeltung der Entnazifizierungsvorschriften). Danach muss die NPD aufgelöst werden.

Was ist zu tun?

Es kommt auf jede/n Einzelne/n an. Das heißt: Ständig eine Unterschriftenliste dabei haben und im Familien-, Freundes-, Kollegenkreis und im Verein Gespräche führen und Unterschriften sammeln! Ein Verbot der NPD ist nötig – und möglich!

Unterschreiben, Material bestellen und Argumente lesen:
www.npd-verbot-jetzt.de

AUSGEFRAGT



Im Gespräch mit Rainer Dolle*

Anfang Januar konnte man in der Oberhessischen Presse die Überschrift lesen: „Marburger Kombilohn hat Modellcharakter“. Das Konzept MARKO sieht vor, Arbeitsgelegenheiten in befristete, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln. Mit Rainer Dolle sprach Herwig Selzer.

Wie kam es zu der Idee „MARKO“?

Auf einer Veranstaltung im November 2006 in Stuttgart wurde deutlich, dass die Bundesagentur für Arbeit und das Bundesarbeitsministerium ernsthaft an der Einführung eines dritten Arbeitsmarktes mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen interessiert sind. Im Grunde genommen geht es um eine Beschäftigungsvariante, die man mit der weitestgehenden Beendigung von ABM- und BSHG 19-Stellen abgeschafft hat, so dass nur noch die gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten übrig geblieben sind.

MARKO derzeit tot ?

* Rainer Dolle ist Geschäftsführer von Arbeit und Bildung und Initiator von MARKO.

Da es zumindest im November so aussah, eine Einigung auf Bundesebene könnte kurz bevorstehen, ist unser Vorschlag gewesen, eine solche beschäftigungspolitische Variante in Marburg schon mal zu beginnen. Jede Möglichkeit des Wiederauflebens von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung halte ich als alter Gewerkschafter und Linker im Hinblick auf die Menschen für begrüßenswert, weil sie mutmaßlich mehr Geld und eine andere Identität für den Arbeitnehmer bringt.

In welche Richtung gehen bisher die Überlegungen auf Bundesebene?

Dem Gesetzgeber schwebt zumindest in Teilen vor, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu etablieren, die nicht die Kriterien Gemeinnützigkeit und Zusätzlichkeit des SGB II, § 16 (Leistungen zur Eingliederung) erfüllen muss und mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ohne gemeinnützigen Auftrag vergleichbar wären. Zielgruppe wären Menschen, die beispielsweise aufgrund von Mehrfach-Behinderungen oder langer Abstinenz vom Arbeitsmarkt auch nach einer halbjährigen Beschäftigungsmaßnahme in den ersten Arbeitsmarkt kaum integrierbar scheinen. Neu an dem jetzigen Vorschlag ist, dass nicht nur Unternehmen des ersten Arbeitsmarktes und soziale Betriebe wie Arbeit und Bildung, sondern auch Integrationsfirmen

mit einem Einstiegsgeld von 50 Prozent gefördert werden sollen. Wenn sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen außerhalb der ewigen Diskussion mit der Wirtschaft um Zusätzlichkeit, Gemeinnützigkeit und Wettbewerbsneutralität geschaffen werden sollen, bieten sich natürlich Integrationsfirmen an, da sie im Markt mit dem verminderten Steuersatz arbeiten dürfen, aber ansonsten Betriebe wie andere auch sind. Daneben bieten sich die Betriebe des 2. Arbeitsmarktes natürlich aus Erfahrung auch an, während die normalen Wirtschaftsbetriebe hierfür nicht vorbereitet sind und auch in den letzten 10 Jahren nie nennenswert motiviert werden konnten.

Wie ist der Stand der Debatte in Marburg?

In Marburg hatten wir mit der Stadt Marburg eine Zusammenarbeit in der Form vorgeschlagen, dass die im Haushalt bereitgestellte Summe zur Finanzierung von 50 gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten zur Schaffung von ca. 20 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen genutzt werden könne. Entscheidend ist einzig und allein, ob es politisch gewollt wird. V.a. haben wir aber nicht die Unterstützung des Kreises. Sozialdezernent Dr. McGovern würde MARKO nur dann weiter verfolgen, wenn es zu einer Deckung von aktiven und passiven Leistungen beim Bundesgesetzgeber käme. Andere Kommunen haben sich entschieden, zehn

Prozent ihres Eingliederungsbudgets für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen auszugeben. Unser Kreis hat es eben nicht getan. Das Marburger Kombilohn-Modell halte ich deswegen derzeit für tot. Die Idee ist aber deswegen nicht falsch.

„Arm trotz Arbeit“ wird als Kritik an dem Kombilohn-Modell vorgebracht. Wie siehst du das?

Wie erklärt man eine Variante, die für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung eine tarifliche Entlohnung in Höhe von 2000 € vorsieht einer Kollegin bei Tegut an der Kasse, die ein Viertel davon verdient? In diesem Sektor Löhne auf einem Niveau eines Durchschnittslohns zu schaffen wird es nicht geben. Der Kombilohn wird sich vielmehr an den Mindestlöhnen orientieren.

Wie beurteilst du die Gefahr der Verdrängung von regulären Beschäftigungsverhältnissen?

Ich kenne diese Meinung auch, würde aber sagen, dass dies nicht der Standard ist. Wenn man der Auffassung ist und daran glaubt, dass die früher sozialversicherungspflichtig vorgenommenen Tätigkeiten niemals wieder kommen werden, dann kann man es kritisieren. Ich glaube daran nicht.

Zur Einschätzung der DKP: siehe den Artikel auf Seite 1.



Wir schicken Ihnen das *Marburger Echo* gerne regelmäßig und kostenlos zu, per Post oder E-Mail.
Kontakt: siehe Impressum

Spenden für das Echo
E. Beltz, Kto.-Nr.: 193070,
Sparkasse Gießen
(BLZ: 51350025),
bitte Verwendungszweck
angeben: *Marburger Echo*

Treffen der DKP Marburg

jeden ersten Dienstag im Monat,
20 Uhr,
Schwanhof,
Schwanenallee 27-31

Kontakt:
info@DKP-Marburg.de

Ausbeutung & Krieg

Gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm

Vom 6. bis 8. Juni treffen sich auf Einladung von Bundeskanzlerin Angela Merkel die Regierungschefs der acht mächtigsten Länder der Welt in Heiligendamm bei Rostock. Unter Ihnen: Der US-Präsident George W. Bush (Irak- und Afghanistankrieg), Japans Premierminister Shinzo Abe (will das Verbot von Krieg aus der japanischen Verfassung streichen), der britische Premierminister Anthony Blair (Erfinder von Saddam Husseins Massenvernichtungswaffen), Frankreichs Präsident Jacques Chirac (droht gern mit Atombomben), Italiens Premierminister Romano Prodi (gewaltiges Sozialkürzungsprogramm), Bundeskanzlerin Angela Merkel (Rente mit 67, Tornado-Einsatz in Afghanistan) und andere.

Kapitalverkehrsfreiheit

Die dort versammelte Prominenz trifft dort informelle Absprachen in wirtschaftlichen und außenpolitischen Fragen. Die wesentlichen Ziele dieser Gespräche sind dabei klar festgelegt: Die Durchsetzung der „weltweiten Kapitalverkehrsfreiheit“, der Sicherung „freier Märkte“ und ein Bekenntnis zur „freien Marktwirtschaft“. Es geht offen um die weltweite Durchsetzung von Kapitalinteressen. Merkel beispielsweise will in Heiligendamm



neuen Schwung in die Verhandlungen der Welthandelsorganisation WTO bringen. Sie will, dass EU und USA gemeinsam weitere Schranken für den Welthandel einreißen, also weltweit noch schärfere Konkurrenz unter den Arbeitskräften schaffen. „Skrupellos werden die Belegschaften einzelner Länder, Branchen und Standorte gegeneinander ausgespielt – in einem Dumpingwettbewerb um Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen, Löhne und Menschenwürde“, wie es der Aufruf „GewerkschafterInnen gegen Standortkonkurrenz und Lohndumping“ zum G8-Gipfel formuliert.

Kriegsberatungen

Die G8 beraten wieder auch über Kriege, die sie für den Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten führen. Die NATO-Mitglieder werden den Gipfel dafür nutzen, ihren völkerrechtswidrigen Krieg gegen die afghanische Bevölkerung und ihren Kriegskurs gegen den Iran untereinander abstimmen. Mit der Entsendung von Tornados nach

Süd-Afghanistan und Säbelraseln gegenüber dem Iran macht Merkel dabei unmissverständlich deutlich, dass der deutsche Imperialismus beim Run auf Rohstoffquellen nicht abseits stehen will. Offen ausgesprochen werden diese Interessen z.B. im Weißbuch der Bundeswehr. Hier heißt es: Deutschland sei „im hohen Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen in globalem Maßstab abhängig“. Aus diesem Grund müsse „die Sicherheit der Energieinfrastruktur gewährleistet werden“.

Gegen die Politik der „Great Eight“

Doch dagegen regt sich schon länger Widerstand. Durch die Massenproteste gegen den Weltwirtschaftsgipfel in den letzten Jahren ist dessen Legitimität stark angegriffen. Die Regierungschefs müssen sich auch diesmal mit einem massiven (para-)militärischen Aufgebot vor harter Kritik „schützen“. Damit die G8 ungestört konferieren kann, wird der beschauliche Seebadeort Heiligendamm zur Festung ausgebaut. Ein Zaun für 14 Millionen Euro (1000 Euro für jeden Meter) umschließt den Tagungsort, 18.000 Polizisten sollen die G8 innerhalb des Zauns schützen. Selbst die Bundeswehr steht Gewehr bei Fuß. Das dreitägige Spektakel wird momentan auf Kosten von 98 Millionen Euro geschätzt, andere Stellen sprechen sogar von 200 Millionen Euro.

Die DKP ist mit den zahlreichen Initiativen und Netzwerken der sozialen Bewegung, mit Gewerkschaftern und anderen Parteien der Linken der Meinung, dass eine breite europäische Gegenmobilisierung zu diesem Gipfel notwendig ist, um gegen die menschenverachtende Politik der G8 zu protestieren und Alternativen sichtbar zu machen. Die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel sollen aber nur ein Anfang sein. Die DKP setzt sich dafür ein, die bestehenden Bündnisse für eine möglichst langfristige Stärkung von Widerstand vor Ort und in den Betrieben zu nutzen.

DKP Marburg

Die Großdemonstration gegen den G8-Gipfel findet am 2. Juni 2007 in Rostock statt.

Deutsche Tornados über dem Hindukusch

Anfang März beschloss der Bundestag mit den Stimmen der „Ganz Großen Koalition“ die Ausweitung des Kriegs-Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan.

Mit der Entsendung von sechs bis acht Tornados zur „Aufklärung“ im Rahmen des NATO-Einsatzes ISAF verwickelt sich die Bundeswehr immer mehr in den schmutzigen Krieg gegen die afghanische Bevölkerung. Denn der Einsatz in Ost- und Süd-Afghanistan dient einzig und allein dem Ziel der direkten Unterstützung der anglo-amerikanischen Luftwaffe. Dies stellt eine neue Stufe der Kriegsbeteiligung für die Bundeswehr dar. Schon jetzt operieren Einheiten des deutschen Kommando Spezialkräfte (KSK) vom Bundestag unkontrolliert in Afghanistan und unterstützen die Soldaten der US-geführten „Operation Enduring Freedom“ bei der „Terrorismusbekämpfung“.

Offene Kriegseinsätze

Obwohl es sich beim Einsatz der 3000 Bundeswehrsoldaten in Afghanistan zunächst formal um einen Einsatz zur „Aufrechterhaltung der Sicherheit“ handelte, befinden sich die ISAF-Truppen seit der Ausweitung des Einsatzgebietes mehr und mehr in offenen Kriegseinsätzen. Von „Sicherheit“ kann keine Rede mehr sein, wenn deutsche Soldaten mehr und mehr zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt werden und aufgrund ihrer aggressiven Kriegshandlungen zur Zielscheibe von Sprengstoffattentaten werden. Denn für die afghanische Bevölkerung ist kein Unterschied mehr zwischen den Soldaten der US-geführten „Operation Enduring Freedom“ und den NATO-Soldaten der ISAF-„Friedensmission“ zu erkennen. Mittlerweile wird auch von offizieller Seite zugegeben, dass beide Missionen

fusionieren und gemeinsam in Kampfeinsätze verstrickt sind.

Humanitärer Einsatz oder wirtschaftliche Interessen?

Der angekündigte „Wiederaufbau Afghanistans“ lässt sich als leere Worthülse entlarven, wenn man sich die Zahlen vor Augen führt: Zwischen 2002 und 2006 wurden insgesamt 7,3 Mrd. Dollar Aufbauhilfe zur Verfügung gestellt. Im gleichen Zeitraum beliefen sich jedoch die Militärausgaben auf 82,5 Mrd. Dollar.



Bei der Eroberung und Absicherung von Rohstoffquellen will der deutsche Imperialismus nicht abseits stehen. Offen ausgesprochen werden diese Interessen z.B. im Weißbuch der Bundeswehr. Hier heißt es: Deutschland sei „im hohen Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen in globalem Maßstab abhängig.“ Aus diesem Grund müsse „die Sicherheit der Energieinfrastruktur gewährleistet werden.“ Klartext: Um die „Energieinfrastruktur“ für deutsche Konzerne zu sichern, führt die Bundeswehr Kriege um die Kontrolle von regionalen Rohstoffreserve und Pipelines wie in Afghanistan.

Bettina Mock



Jetzt!
Kostenlose Infomaterialien
bestellen:

• Probeexemplar der
**POSITION: sozialistisches
Jugendmagazin der SDAJ**

• **POSITION EXTRA:
Viva Venezuela!
Geschichte wird gemacht!**



Mail an: SDAJMarburg@web.de

VON DER HEIMATFRONT

Klimakiller heucheln!

Nachdem jahrzehntelang Umweltaktivisten und Wissenschaftler auf die vorauszusehende Erderwärmung hingewiesen hatten ohne dass sie zur Kenntnis genommen wurden, diskutieren Bundesregierung, EU-Kommission und Industrieverbände nun, was zu tun ist. Auslöser war der Bericht des Klima-Ausschusses der Vereinten Nationen (IPCC), wonach die Durchschnittstemperatur bis zum Jahr 2100 schlimmstenfalls 6,4 Grad ansteigen könnte.

Die ehemalige Umweltministerin Merkel profiliert sich als Vorreiterin für den Umweltschutz. Das von ihr initiierte EU-Abkommen sieht bis 2020 eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes um 20 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 vor. Doch diese Regelung entlarvt sich als Mogelpackung. Die deutsche Energiebilanz ist nämlich im Vergleich zu 1990 sehr positiv – aufgrund des Abbaus der ostdeutschen Industrie, der bisher schon eine Absenkung des CO₂-Ausstoßes um 13 Prozent zur Folge hatte.

Auch die EU spielt in der Debatte ein unehrliches Spiel. So tritt sie an die USA und Asien heran und bietet sogar 30 Prozent weniger CO₂-Ausstoß an, wenn diese damit gleichziehen. Dabei steht von Anfang an fest, dass die USA darauf nicht eingehen, denn dort sind seit 1990 die Emissionen um 20 Prozent gestiegen – es wäre also mehr als eine Halbierung bis 2020 nötig! Und China und Indien argumentieren mit Recht, dass zunächst die hoch entwickelten Industrienationen, die den Klimawandel bisher verursacht haben und die höhere Technologie besitzen, den ersten Schritt tun müssen.

Die Energie-Lobbyisten hingegen nutzen die Diskussion um den CO₂-Ausstoß, um die Kernkraft als vermeintlich saubere Form der Energiegewinnung wieder hoffähig zu machen. Vattenfall-Boss Klaus Rauscher: „Die CO₂-freie Stromerzeugung aus Kernenergie versetzt uns in die Lage, unsere wichtigen Klimaschutzziele zu erreichen. Deswegen ist ein längerer Betrieb des Kernkraftwerks Brunsbüttel auch ein Beitrag zum Klimaschutz.“

Im Kampf gegen die Klimakiller können wir uns weder auf Merkel noch auf die EU verlassen. Die Macht der Energie-Multis muss gebrochen und strikte CO₂-Grenzen müssen eingeführt werden. Ein erster Schritt wäre die Verstaatlichung von EON, RWE, EnBW, Vattenfall und Co.

SDAJ Marburg

Treffen der SDAJ Marburg
immer am Dienstag Abend.
Ort auf Anfrage:
SDAJMarburg@web.de

Hermann und Gerda Weber zu Gast in Marburg Ortlos links

Im März stellten Gerda und Hermann Weber in Marburg ihr Buch „Ein Leben nach dem Prinzip links“ vor. Zugleich kam ein Vorgängerband zur Sprache: „Dahmals, als ich Wunderlich hieß“, 2002 von Hermann Weber unter Mithilfe von Gerda Weber verfasst.

Hermann Weber wurde 1928 in einer kommunistischen Arbeiterfamilie in Mannheim geboren. Er flog 1944 von einer Lehrerbildungsanstalt, weil er sich zusammen mit Herbert Mies (dem späteren Vorsitzenden der DKP) geweigert hatte, sich zur Waffen-SS zu melden. Beide blieben mehrere Jahre eng befreundet, traten 1945 der KPD bei und wurden Funktionäre. 1947 wurden Mies und Weber zur Parteihochschule Karl Marx in Kleinmachnow delegiert. Hermann Weber lernte dort seine künftige Frau Gerda Röder kennen, die aus einer sozialdemokratischen Familie kam und – ebenso wie er selbst – nun Mitglied der SED

war. In Kleinmachnow begann seine Auseinandersetzung mit dem Stalinismus. 1950 wurde er Chefredakteur des FDJ-Zentralorgans für Westdeutschland, „Junges Deutschland“. Gerda Weber war Erste Sekretärin des „Demokratischen Frauenbundes Deutschlands“. 1953 wurden beide verhaftet. 1954 ist Hermann Weber wegen innerparteilicher Opposition aus der KPD ausgeschlossen worden, gleichzeitig auch seine Frau. 1955 traten beide der SPD bei.

Hermann Weber wurde in den folgenden Jahrzehnten zum führenden Historiker über die Geschichte der KPD. Unter anderem veröffentlichte er 1969 erstmals deren komplettes Gründungsprotokoll von 1918/19. Großes Aufsehen erregte 1989 auch sein Buch „Weiße Flecken in der Geschichte“ über die deutschen Kommunisten, die in den dreißiger Jahren Opfer Stalins wurden. Darunter war auch ein Marburger: Wilhelm Franken-

berg. Er war 1932 als KPD-Mitglied in die UdSSR gegangen und 1939 nach Hitlerdeutschland ausgewiesen worden. Nach 1945 war er Direktor der hiesigen Stadtwerke.

In der recht freundlich verlaufenden Marburger Veranstaltung ließen sich nur wenige Sozialdemokraten blicken, darunter immerhin der ehemalige Landrat Kurt Kliem. Umso mehr fanden sich Leute links der von SPD ein: DKP und „Marburger Linke“. Sie waren beeindruckt von Webers Stalin-Kritik und zugleich irritiert davon, daß er – immerhin unter dem Titel „Ein Leben nach dem ‚Prinzip links‘“ – auch auf Nachfrage nichts über seine Stellung in den Kämpfen der Linken in der Bundesrepublik nach seinem Ausscheiden aus der KPD (gegen Atombewaffnung, Vietnamkrieg, Notstandsgesetze, Berufsverbote, NATO-Raketenbeschluß von 1979, Überfall auf Jugoslawien 1999) berichtete.

Georg Fülberth

SEHEN • LESEN • HÖREN

Sat 1 macht GSG 9 zu „Serienhelden“

Hol dir den Killer ins Wohnzimmer!

Jeden Mittwoch zur besten Sendezeit kann man sich angucken, wie die „Helden“ von der Eliteeinheit GSG 9 gegen das Böse kämpfen.

Das Böse ist wahlweise die RAF, Globalisierungskritiker, der belorussische „Diktator“ Lukaschenko, islamistische Terroristen, gestrandete „Ex-DDR-Elitepolizisten“, kriminelle Serben oder auch mal die Nazis. Das Gute wird verkörpert von den professionellen, aber doch menschlich-allzu-menschlichen Kameraden auf deutscher Seite. Oder wie es

auf der SAT1-Homepage formuliert ist: „Sie sind perfekt ausgebildet, körperlich topfit und handeln nach einem Ehrenkodex“. Nationalistisch ist man selbstverständlich nicht – dafür sorgt der grundgute Quotentürke (der „sympathische Draufgänger mit großem Herzen“ – klar, die Südländer sind eben so...), der allerdings durch seine Familie immer wieder etwas ins Zwielflicht gerät und seinen deutschen Geist unter Beweis stellen muss.

Natürlich sind die „Helden“ alle männlich und Frauen kommen

nur als leidende Familienangehörige, „guter Geist der Truppe am Schreibtisch“ oder Gefühls-Spezialistinnen vor. Sexuelle Anspielungen und abwertende Kommentare gegenüber Frauen („Die gehen auf die Knie vor einer Frau! – tschuldigung.“) dürfen auch nicht fehlen, um den Korpsgeist zu pflegen.

Eine militär-verherrlichende, rassistische, sexistische, schwarzweiss-malerische, elitäre Propagandasendung!

Sophie Katzenbaum

BEMERKENSWERT

The Great Elisabeth-Swindle

Wer die Stadtverwaltung anruft (2010), wird zunächst nicht gefragt, was er (oder sie) möchte, sondern mit einem Tonband belästigt: „Elisabeth in Marburg. Der Dienst am Kranken. Besuchen Sie die Ausstellung im Marburger Schloß vom 25. März bis zum 25. November“.

Das ist Städte-Marketing. Am Spiegelslust-Turm leuchtet nachts ein kitschiges Herz zum Gedenken an die mittlerweile 800 Jahre alte Landgräfin. 1981,

anlässlich ihres 750jährigen Todestages, kreierte die Marburger Konditor-Innung eine extra-fette „Elisabeth-Torte“.

Kaum jemand wagt zu sagen, daß man von dieser Dame so gut wie nichts weiß. Die wenigen Quellen-Seiten Latein, die es über sie gibt, sind nur eine Art Werbebroschüre, verfasst von ihrem Beichtvater zwecks Heiligsprechung. Da steht eben drin, was man zu einem solchen Zweck so schreibt: Wunder und

gute Taten.

Jetzt beten ein Bischof und eine Bischöfin sowie Professoren das nach.

Zur Zeit wird viel von einer Krise der Geisteswissenschaften geredet. Hier haben wir sie.

Georg Fülberth

FEST

Eintritt: frei

Der Solidarität Volksfest der DKP & UZ

Dortmund Revierpark Wischlingen 22. - 24. Juni 2007



Mit
Konstantin
Wecker

Kinderfest

Internationale
Solidarität



Zur Finanzierung wird gebeten, den Fest-Button für 5,- Euro Solidaritätsbeitrag zu kaufen.

Bestellung:

DKP-UZ-Fest

Tel. 0201 - 17 78 89 0

Fax 0201-17 78 89 29

E-Mail: Fest-der-Solidaritaet2007-DKP@t-online.de

FEST

DER SOLIDARITÄT

Volksfest der DKP & UZ ★ 22.-24. Juni 2007
Dortmund Revierpark Wischlingen



Konstantin
Wecker

22. Juni abends Großveranstaltung

„Rock gegen Rechts“

mit der Kölner Rockgruppe **Brings** und der HipHop-Gruppe **Microphone Mafia** und viele andere

23./24. Juni Gilad Atzmon „Orient House“

Süverkrüp ★ Renate Richter & Manfred Wekwerth

Kittner ★ Kai Degenhardt ★ David Rovics ★ Bernd

Köhler und viele andere

Zur Finanzierung des Festes wird ein

Solidaritäts-Button zum Preis von

5 Euro verkauft. Erhältlich:

DKP-Partei Vorstand ★ Hoffnungstr. 18

45127 Essen ★ Tel. 0201 - 17 78 89 0

★ Fax 0201-17 78 89 29

E-Mail: Fest-der-Solidaritaet2007-DKP@t-online.de

oder dkp.pv@t-online.de

Der Button berechtigt zum Eintritt zu allen Veranstaltungen



IMPRESSUM

www.marburger-echo.de
info@dkp-marburg.de

V.i.S.d.P.: Herwig Selzer, Am Kupfergraben 6, 35037 Marburg

Herausgeber:

Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Marburg & Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) Marburg

Layout: compay

Auflage: 1000 Ex., Eigendruck

Erscheinen: vierteljährlich

nächste Ausgabe: August 2007

Redaktionsschluss: 15.07.07

DKP

www.dkp-marburg.de • www.dkp-hessen.de